

Ein Leben in zwei Gesellschaftssystemen

Zum gebrochenen Elitehabitus der DDR-Geheimdienstmitarbeiter

Uwe Krähnke

Beitrag zur Veranstaltung »Grenzgebiete, Grenzkonflikte, Grenzgänger II« der Sektion Methoden der qualitativen Sozialforschung

Einleitung

Etwas über die Mitarbeiter/-innen eines Geheimdienstes in Erfahrung zu bringen, ist nicht so einfach. Dies liegt in der Natur der Sache: Geheimdienstmitarbeiter/-innen arbeiten professionell im Verborgenen und schützen sich durch Mechanismen der Konspiration und der Schließung davor, von außen einsehbar zu sein oder gar unterwandert zu werden. Insofern bot die Auflösung des DDR-Geheimdienstes, des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), im Zuge der staatlichen Erosion des SED-Regimes 1989/90 und die damit einhergehende Entlassung des Personals eine äußerst seltene Gelegenheit, in die geheim(dienstlich)e Welt vorzudringen.¹

Im ersten Teil des vorliegenden Beitrags geht es um die Motivationen und Identitätskonstruktionen der hauptamtlichen MfS-Mitarbeiter/-innen. Konstitutiv für ihre Tätigkeit im MfS war ein gebrochener Elitehabitus: Einerseits fühlten sie sich als Elite, der Masse der DDR-Bevölkerung und selbst den anderen SED-Genoss/-innen überlegen. Andererseits verstanden sie sich als „Parteisoldaten“ des SED-

¹ Diese Gelegenheit nutzten bislang aus dem Feld der Wissenschaften vor allem Historiker/-innen, wie die über 5.000 Publikationen über das MfS belegen. Soziologinnen und Soziologen waren wesentlich zurückhaltender, obwohl ihre theoretisch-konzeptionellen Erklärungsangebote (etwa über Akteure, Organisationen oder Gesellschaft) und ihr methodisches Instrumentarium aus dem Arsenal der interpretativ-rekonstruktiven Sozialforschung einen viel tieferen Blick in die zuvor verborgen gehaltene Dienst- und Lebenswelt der ehemaligen Geheimdienstmitarbeiter erlaubt als die auf Dokumentenanalyse fokussierten Analyse der Geschichtswissenschaften.

Die soziologische Forschungslücke sollte mit dem vom Autor geleiteten DFG-Forschungsprojekt (eigene Stelle) „Hauptamtliche Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit“ (KR 3503/1-1) geschlossen werden, aus dem in dem vorliegenden Beitrag Teilergebnisse präsentiert werden. In dem Projekt wurden über 60 narrativ-biografische Interviews mit ehemaligen MfS-Mitarbeitern mittels qualitativer Verfahren (Narrationsanalyse, Objektive Hermeneutik und Dokumentarische Methode) analysiert (Kleemann/Krähnke/Matuschek 2009). Eine Darstellung der gesamten Forschungsergebnisse liegt als Veröffentlichung vor. Vgl. Krähnke et al. 2017.

Regimes. Diese habituelle Prägung war eine entscheidende Bedingung, so die These, für ihre willentliche Unterwerfung unter die Greedy Institution MfS, für ihre lebensweltliche Abschottung von der DDR-Bevölkerung und ihre ablehnende Haltung gegenüber Personen, die nicht auf ihrer „Parteilinie“ waren.

Gerade für MfS-Mitarbeiter/-innen brachte die „Wende“ und die deutsch-deutsche Wiedervereinigung enorme Herausforderungen: Plötzlich mussten sie sich im zuvor bekämpften „Feindesland“ einrichten. Bildeten sie in der DDR aufgrund ihrer totalen Einbindung in die Institutionenordnung des MfS und ihrer kollektiven Selbsttheroisierung eine „geschlossene Gemeinschaft“, wurden sie nunmehr als „Täter“ des untergegangenen SED-Regimes stigmatisiert und entsprechend ausgegrenzt. Wie diese Erfahrung, Grenzgänger zweier völlig verschiedener Gesellschaftssysteme zu sein, biografisch verarbeitet wurde, ist Gegenstand des zweiten Teils.

Der „tschekistische“ Elitehabitus und das MfS als Greedy Institution

Bereits an der systematisch betriebenen Auswahl und Rekrutierung der hauptamtlichen Mitarbeiter/-innen lässt sich ablesen, dass das MfS eine „geschlossene Einrichtung“ war. Denn eine Selbstbewerbung war nicht vorgesehen und entsprechende Versuche riefen sofort den Argwohn des Geheimdienstes hervor. Die Aktivität ging grundsätzlich vom MfS aus. Mittels einer umfangreichen Überprüfung der Kandidaten/-innen und ihres jeweiligen sozialen Umfeldes sollte gewährleistet werden, dass nur diejenigen aufgenommen wurden, die tatsächlich in den Geheimdienst passten. Doch was bewog die vom MfS angesprochenen Personen, sich als hauptamtliche Mitarbeiter zu verpflichten und in diesem repressiven Staatsorgan willig ihren Dienst zu verrichten?

Insbesondere bei den älteren Geheimdienstmitarbeiter spielte die politisch-ideologische Wertbindung die entscheidende Rolle. „Für die Partei alles zu machen“², war für die Angehörigen der zwischen den 1890er und 1940er Jahren Geborenen kein Lippenbekenntnis, sondern Ausdruck ihres festen Glaubens an die Idee des Kommunismus. Ihre stark intrinsisch motivierte Unterordnung unter die Parteidisziplin ließ sie hart durchgreifen, wenn sie bei Kolleg/-innen Abweichungen von der Parteilinie feststellten. Die eigene fachliche Arbeit als Geheimdienstler verstanden sie als „Parteiauftrag“ und wurde dadurch zu etwas Heroischem aufgewertet. Aufgrund ihrer starken gesinnungsethischen Motivation haben sich die „überzeugten Kommunisten“ „auch nicht als Beamte gesehen.“ Ebenso wenig waren finanzielle oder materielle Interessen bei ihnen ein zentraler Anreiz. Der Einstellung – mit den Worten eines Majors formuliert – „als Mitglied der Partei besser zu arbeiten, mehr zu tun als jeder andere“, blieben sie selbst in der Endphase der DDR und des MfS treu.

Die jüngeren, seit den 1970er Jahren nachrückenden MfS-Mitarbeiter/-innen, die ihr gesamtes Leben unter staatssozialistischen Verhältnissen verbrachten und somit nicht mehr vor oder während des Zweiten Weltkrieges bzw. in der Hochzeit des Stalinismus politisch sozialisiert wurden, identifizierten sich durchaus noch mit den marxistischen Idealen. Allerdings spielte neben dieser gesinnungsethischen Motivation auch das Streben nach individueller Wohlstandsorientierung (unter staatssozialistischen Verhältnissen) eine Rolle. Entsprechend positive Anreize von Seiten des MfS waren ein sicheres und relativ hohes Einkommen, weitere Gratifikationen in Form von Geld- sowie Sachprämien, einen privilegierten Zugang zu Waren und Dienstleistungen sowie für DDR-Verhältnisse überdurchschnittli-

² Alle zitierten Passagen aus den im Rahmen des DFG-Forschungsprojekts geführten Interviews sind in diesem Beitrag mit An- und Abführungszeichen und kursiver Schreibweise kenntlich gemacht.

che Bildungschancen. Durch diese Anreizstruktur fühlten sich insbesondere die „verhandelnden Opportunisten“ und die „verstummten Mitläufer“ in den Reihen der MfS-Mitarbeiter/-innen ihrem Ministerium verpflichtet.³ Neben dem politisch-gesinnungsethisch und dem biografisch-opportunistisch motivierten Eintritt in das MfS lässt sich ein weitere Muster idealtypisch identifizieren. So traten im Zuge der 1970 einsetzenden Selbstrekrutierung der MfS-Mitarbeiter/-innen viele junge Männer und Frauen bereitwillig und geradezu selbstverständlich in die Fußstapfen ihrer beim MfS beschäftigten Eltern. Die geheimdienstliche Tätigkeit ist in diesen Fällen gewissermaßen sozial vererbt worden.⁴

Trotz einer gewissen Motivationsvarianz⁵ ist bei den interviewten MfS-Mitarbeiter/-innen eine gemeinsam geteilte mentale Disposition feststellbar: Sie waren davon überzeugt, für eine exklusive Personengruppe, eine Elite „ausgewählt“ worden zu sein. Das an sie herangetragene Karriereangebot des MfS empfanden sie als „eine besondere Ehre“ bzw. „Auszeichnung“ und sie bezeichneten sich gern als „Beste der Besten“, oder „Genossen erster Kategorie“. In diesen Formulierungen schwingt ein gewisses Pathos mit und Anklänge an die in religiösen Kontexten verbreitete Idee der Berufung durch eine höhere Macht sind unübersehbar.

Das Eliteverständnis der DDR-Geheimdienstmitarbeiter hat seine historischen Wurzeln im marxistischen Avantgardebewusstsein der „Berufsrevolutionäre“ um Lenin, Trotzki, Dzierzynski und Stalin. Deren Untergrundhabitus wurde in Russland nach der Machtübernahme im Zuge der Oktoberrevolution 1917 und später, nach dem Zweiten Weltkrieg in den staatssozialistischen „Organisationsgesellschaften“ (Pollack 1990) des Ostblocks vergesellschaftet.⁶ Eine wesentliche Facette des von den Mitarbeiter/-innen stark internalisierten und innerhalb des MfS transgenerational weitergetragenen Avantgardehabitus war die geforderte „Härte und Disziplin“ gegenüber sich selbst und den anderen Geheimdienstmitarbeitern. Ein solcher Dienstethos stärkte die enge Bindung des Einzelnen an das MfS

³ Eine Reihe von MfS-Mitarbeiter/-innen – hierunter viele Frauen – nutzten die sich ihnen bietende Berufslaufbahn im DDR-Geheimdienst, um aus einer festgefahrenen zivilen Berufsperspektive herauszukommen und / oder ein höheres Einkommen zu erzielen. Wiederum Männer mit einem Hang zum Abenteuer erhofften sich eine spannende Agententätigkeit. Zuweilen wurde mit dem Eintritt in das Staatsorgan – so banal dies auch klingen mag – ein biografisches Problem gelöst. Um dies an einem Einzelfall zu illustrieren: Herr Robinie, Jg. 1961 thematisiert im Interview das konflikthafte Verhältnis zu seinem dominanten Vater während seiner Jugend. Als seine Bewerbung für ein Jura-Studium an einer zivilen Universität scheiterte, wollte der Vater, der selbst Jurist war, mittels seiner persönlichen Kontakte dem Sohn den Studienplatz verschaffen, was dieser jedoch ablehnte. »Eh ich jetzt betteln gehe oder mich von meinem Vater weiter abhängig mache“, so Herr Robinie, wendete er sich an seinen Schwiegervater in spe, einen MfS-Offizier, um die Möglichkeit auszuloten, ein Jura-Studium über das MfS zu absolvieren. Dessen Rückmeldung war positiv und mehr noch: Herr Robinie hatte das Gefühl, »die wollen dich und das hat mich schon erst mal ein bisschen gebauchmiezelt.“ Mit dem signalisierten Interesse des MfS an seiner Person fühlte sich Herr Robinie gestärkt, sich gegen seinen Vater zu behaupten. Durch den MfS-Eintritt löste er ein für die Adoleszenzphase typisches biografisches Problem: Er machte sich von seinem Vater unabhängig.

⁴ So wie bei Herrn Weide, Jg. 1955, Hauptmann in einer Bezirksverwaltung. Nicht nur beide Eltern, sondern schon die Großeltern waren hauptamtliche MfS-Mitarbeiter. Dass er diese Familientradition fortführen werde, war für ihn eine Selbstverständlichkeit: „Na die Hauptmotivation war, dass ich davon ausgegangen bin, wenn meine Eltern das machen, muss das okay sein, dann machst du das auch. [...] Aus Tradition war das MfS für mich das Entscheidende, weil ja natürlich die Familienangehörigen schon, die ganze Sippe war ja da.“

⁵ Diese, hier nur skizzierte Binnendifferenzierung ist in bereits vorliegenden Studien zu hauptamtlichen MfS-Mitarbeitern noch viel zu wenig anhand empirischer Daten untersucht worden.

⁶ Zur These der Vergesellschaftung des Untergrundhabitus (Siberski 1967; Jurich 2006; Krähnke et al. 2017: 220ff.).

und den Korpsgeist der MfS-Mitarbeiter/-innen untereinander. Diese sahen sich als eine heroische Gemeinschaft politisch-ideologisch Gleichgesinnter. Die Kehrseite des elitären Selbstverständnisses war ihr Macht- und Führungsanspruch: Die Angehörigen des MfS fühlten sich berufen, über der Masse der Bevölkerung zu stehen und diese lenken zu dürfen. In diesem Sinne bildeten sie eine Selbsteinschätzungselite (Krähneke/ Finster).⁷ Sie hielten es für legitim und moralisch geboten, dass jede/r Staatsbürger/-in die eigene Lebensführung der „historischen Mission der Arbeiterklasse“ unterzuordnen habe. Indem sie der von der Macht- und Deutungselite des SED-Staates deklarierten Zielstellung die oberste Priorität zuschrieben, schien es ihnen opportun, die subjektiven Lebensvorstellungen und Interessen der DDR-Bürger/-innen, ihr Privatleben und ihre Freiheitsrechte geringzuschätzen und sogar mit repressiven Methoden einzuschränken. Mit der innerhalb des MfS hegemonial durchgesetzten marxistischen Weltanschauung „im Rücken“ sahen sich die hauptamtlichen MfS-Mitarbeiter an der Spitze der „progressiven Kräfte“, die für eine „gute“ Sache kämpften. In diesem Sinne handelt es sich um „Täter mit gutem Gewissen“ in einer „Weltanschauungsdiktatur“ (Fritze 2005). Befördert wurde eine intrinsisch motivierte Gefolgschaft als „Parteisoldat“ im DDR-Geheimdienst.

Als Zwischenfazit lässt sich festhalten, dass die elitäre Selbstheroisierung ein konstitutives Moment der aktiven und selbstdisziplinierten Dienstausbübung innerhalb des MfS darstellte – legitimiert durch die politisch-ideologische Eschatologie des Marxismus und flankiert von der Privilegienstruktur des MfS. Allerdings kann damit noch nicht hinreichend plausibilisiert werden, dass die Mitarbeiter/-innen im Rahmen ihrer geheimdienstlich-geheimpolizeilichen Tätigkeit bereitwillig und wissentlich in die Privatsphäre der Bürger/-innen eingedrungen sind. Der hier vertretene Erklärungsansatz insistiert darauf, dass für die MfS-Mitarbeiter/-innen die Übergriffigkeit auf das Privatleben anderer vor allem deshalb kein ernsthaftes Problem darstellte, weil sie selbst an eine solche Übergriffigkeit gewöhnt waren. Wie ist das gemeint?

Historiker wie Jens Gieseke (2000); Kowalczyk (2012) behaupten, dass die MfS-Mitarbeiter/-innen die am meisten kontrollierten und überwachten DDR-Bürger/-innen gewesen seien. An dieser Einschätzung ist etwas dran. Tatsächlich haben die Angehörigen des DDR-Geheimdienstes die Mitarbeiter/-innen die „Greedy Institution“⁸ MfS „am eigenen Leibe“ erfahren. So hatten sie personen-gebundene Daten zu Familienangehörigen und Freunden aus dem privaten Lebensumfeld zwecks interner Sicherheitsüberprüfung zu melden; eine neue Partnerschaft von der Dienststelle „absegnen“ zu lassen; Westkontakte anzugeben und sich auch zu Hause so zu verhalten, als sei man „im Dienst für die Staatssicherheit“. Die willentliche Unterwerfung unter die Greedy Institution führte sogar in nicht

⁷ Das folgende Statement eines Referatsleiters, Jg. 1948, steht symptomatisch für dieses elitäre Selbstzuschreibung: »Wenn du Mitarbeiter der Staatssicherheit warst, warst du ein Repräsentant des Staates. Du warst im Prinzip anerkannt, du warst einer von oben.« Betont werden muss, dass die Elitementalität, »einer von oben« zu sein, nicht nur unter MfS-Kadern in mittleren und höheren Leitungspositionen verbreitet war. Sie zog sich durch alle Hierarchieebenen hindurch und wurde selbst von den einfachen, ausführenden hauptamtlichen Mitarbeitern in Soldaten- und Unteroffiziersrängen verinnerlicht.

⁸ Rekurriert wird hier auf den Ansatz von Lewis Coser. Der amerikanische Soziologe knüpft an Erving Goffmans Konzept der „Total Institution“ an und arbeitet die sozialpsychologische Anreizstrukturen von Einrichtungen heraus, die er als „Greedy Institutions“ bezeichnen. Anhand religiöse Sekten, im Zölibat lebenden Priestern, militanter Jesuiten-Gemeinschaften und der marxistischen Bewegung zeigt Coser, dass die Gefolgschaft in solchen Greedy Institutions bei den Anhängern ein Gefühl des Auserwähltseins, ein gemeinsam zu verwirklichendes Ziel oder einen privilegierten Zugang zu Macht nach sich ziehen kann. Wie oben dargestellt wurde, gab es eine solche Anreizstruktur auch im DDR-Geheimdienst.

wenigen Fällen dazu, dass MfS-Mitarbeiter/-innen die Kontakte zu Familienangehörigen abbrechen, weil Vorgesetzte ihnen dies aus „dienstlichen Erfordernissen“ nahelegten oder als Loyalitätsbeweis gegenüber dem MfS einforderten. Die Omnipräsenz der Distinktions- und Otheringsprinzipien lässt sich schließlich daran festmachen, dass sie sowohl im Dienst als auch nach Feierabend nach dem Grundsatz agierten: „Wer nicht für den Sozialismus ist, ist gegen den Sozialismus – also ein Gegner“.

Neben solcher Praktiken der rigiden symbolischen Grenzziehung, die keinen Zwischenraum für apolitische oder ganz anders geartete Einstellungen zuließen, trug die sozialräumliche Konzentration in dienstnahen Wohnblocks dazu bei, dass sich die MfS-Mitarbeiter/-innen von der DDR-Bevölkerung sozial abschotteten und mental entfernten. Wie sehr die MfS-Mitarbeiter/-innen in der Greedy Institution ihres Ministeriums eingebunden waren, lässt sich auch am Dienstilltag selbst festmachen. Hohes Arbeitspensum, regelmäßige Überstunden, Sondereinsätze und Bereitschaftsdienste gehörten ebenso zum Dienst „für die Staatssicherheit“ wie die Befehlshierarchie, die Planerfüllung des sozialistischen Wettbewerbs und die konspirative Wissenslimitierung („Du darfst nur so viel wissen wie für Deine Aufgabenerledigung notwendig ist“). Diese Faktoren begünstigten unter den Angehörigen des MfS die Auffassung, ein Funktionselement in diesem Ministerium zu sein. Eingespannt in ihrer Dienstausführung und zugleich der Autosuggestion erlegen, am „Aufbau des Sozialismus“ an vorderster Front beizutragen, gab es für sie scheinbar keinen zwingenden Grund, die reale Tragweite ihrer eigenen Tätigkeit sowie die tatsächlichen Konsequenzen für Dritte kritisch zu hinterfragen. Hier lässt sich – mit der soziologischen Brille betrachtet – eine „Banalität der Stasi“ ausmachen: Durch die Art und Weise, wie der Dienstilltag im DDR-Geheimdienst organisiert war, wurden die hauptamtlichen Mitarbeiter/-innen zur fragmentierten Verantwortlichkeit angehalten. Die zugeteilten Aufträge – selbst wenn es sich um triviale Aufgaben in den operativen, administrativen oder ausführenden Bereichen handelte – sollten fokussiert, mit vollem persönlichen Einsatz, aber „ohne nach rechts und links zu schauen“ erfüllt werden. Diese fragmentierte Verantwortlichkeit, die den Mitarbeiter/-innen permanent durch die militärischen Vorgesetzten oder in Form von Beförderungen und Prämien zurückgespiegelt wurde, ist nicht zu verwechseln mit einem „blinden Gehorsam“. Vielmehr ist sie eine Ausprägung des innerhalb des MfS wirksam gewesenen reflexiven Konformismus in einer Greedy Institution.

Die innerhalb des MfS erwartete sachorientierte und affektneutrale Aufgabenerledigung entsprechend der Absprachen, Unterweisungen und Dienstvorschriften war kein historischer Sonderfall. In allen nach bürokratisch-zweckrationalen Prinzipien funktionierenden Organisationen gehört eine neutrale, aufgabenzentrierte Arbeitseinstellung zum Verhaltenskanon der Angehörigen. Ausdruck dieser auch unter den MfS-Mitarbeiter/-innen verbreiteten Grundeinstellung der moralischen Indifferenz ist, dass die Angehörigen jener Organisationen, Personen, deren Fälle sie bearbeiten, mit sozialer Distanz und mangelnder Empathie begegnen. Indem Abstand gehalten wird, verringert sich das Risiko, in Gewissenskonflikte beziehungsweise kognitive Dissonanzen zu geraten. Um diesen für bürokratisch-zweckrationale Organisationen typischen Aspekt der moralischen Indifferenz anhand des MfS-Kontextes an dieser Stelle noch einmal anschaulich zu machen, sei auf eine Interviewpassage eines Vernehmers verwiesen, in der er aus seiner subjektiven Sicht die alltägliche Verhörsituation in einer MfS-Untersuchungshaftanstalt thematisiert.⁹

⁹ Zum besseren Verständnis des folgenden Zitats sei angemerkt, dass in dieser Untersuchungshaftanstalt Personen verhört wurden, um den Verdacht einer staatsfeindlichen Handlung zu überprüfen. Das Hauptproblem aus Sicht des MfS war, dass die zur Festnahme führenden Beweismittel aus der internen Überwachung und Verfolgung (im Rahmen einer Operativen Personenkontrolle beziehungsweise eines Operativen Vorgangs) stammten, so dass dieses belastende Material in einem Gerichtsprozess

„Immer diese viele Stunden währenden Sachen [gemeint sind die Verhöre] und dann ging das mit der Schreiberei los. [...] Du hast geschrieben und geschrieben und geschrieben manchmal bis in die Nacht hinein. Wie gesagt, du hast dann zwar frei gekriegt, aber die Kraftanstrengung war enorm und dann immer in diesen Räumen, in diesem Raum, in diesem kleinen Raum.“

Herr Esche betont hier seine „Kraftanstrengung“, angesichts der vielen „Schreiberei“ in dem „engen Raum“. Bemerkenswert ist, dass in seiner Darstellung die von ihm Verhörten gar nicht vorkommen. Das Einzige, was für Herrn Esche zählte – und ihm im Nachhinein berichtenswert erscheint –, ist seine eigene Überforderung beim Anfertigen der geforderten Protokolle. Reproduziert wird in dieser Interviewsequenz, was seine damalige Vernehmertätigkeit kennzeichnete: die Unterdrückung positiver Gefühle und Einstellungen gegenüber den Verhörten, also den eigentlich Leidtragenden der Vernehmungssituation.

Aus einer rein funktionalistischen Perspektive heraus betrachtet musste Herr Esche sogar deutlich auf Abstand zu den Verhörten gehen. Denn je größer die soziale Distanz war, umso größer war seine Bereitschaft, jene Personen als „Staatsfeinde“ zu markieren und „zu bearbeiten“. Jede Form von offener Empathie oder sogar Solidarität hätte „seine“ Verhöroutine gestört und es wäre noch schwieriger für ihn geworden, die Aufgabe, mit der er ohnehin überfordert war, „erfolgreich“ durchzuführen: das Erzwingen eines juristisch belastbaren Geständnisses. Vor allem verhinderte die moralische Indifferenz, dass Herr Esche bestimmte Fragen an sich heranließ. Insbesondere: Ist es ein Eingriff in Persönlichkeitsrechte, wenn kein Anwalt zugelassen wird und ich als Vernehmer psychologische Verhörpraktiken anwende? Welche Protokolleinträge sind primär meinem Bedürfnis geschuldet, den „Fall“ endlich abzuschließen und welche realen Folgen ergeben sich daraus für die verhörte Person? Wie wird es die Familie verkräften, wenn die verhaftete Person aus ihrer Mitte gerissen wird?

Entgegen der gängigen Beschreibungen, in denen den Stasi-Mitarbeiter/-innen ein „blinder Gehorsam“ und ein minimiertes Rollenset attestiert werden, lässt sich auf der Grundlage des analysierten Datenmaterials behaupten, dass der Dienst „für die DDR-Staatssicherheit“ ein hohes Maß an Reflexivität und intrinsischer Motivation erforderte. Rekonstruierbar ist ein gebrochener Elitenhabitus, der quasi-religiöse Züge trägt: zwar wähten sich die Geheimdienstmitarbeiter/-innen zu einer gesellschaftlichen Führungsrolle im SED-Staat „berufen“, aber zugleich verstanden sie sich als „dienende“ Parteisoldaten. Das Elitenverständnis der „Genossen erster Kategorie“ wurde gebrochen durch die Forderung, „sich für die Sache aufzuopfern“.¹⁰

gegen die inhaftierte Person keine Beweiskraft gehabt hätte. Insofern musste, um ein rechtsförmiges Untersuchungsverfahren im Sinne der Strafprozessordnung der DDR einleiten zu können, die beschuldigte Person zu einem Geständnis gebracht werden. Für die Verhöre hatten die Vernehmer in den Untersuchungshaftanstalten nicht viel Zeit. Selbst das MfS konnte eine Person ohne beweiskräftiges Material nicht ewig festsetzen und ein Haftbefehl hatte (nach Art. 100 StPO) spätestens am Tag nach der Verhaftung vorzuliegen (Schekahn/Wunschik 2012: 58ff.; Martin 2014: 217ff.). Demzufolge musste es innerhalb dieses Zeitraums gelingen, das von den operativen Dienstseinheiten des MfS zuvor inoffiziell zusammengetragene »Beweismaterial« zu bestätigen. Mit anderen Worten: Es sollten belastbare Äußerungen von der zugeführten Person möglichst schnell erzwungen werden.

¹⁰ Der hier von uns ins Spiel gebrachte Begriff »gebrochener Habitus« legt unweigerlich eine Assoziation zum Konzept des »gespaltenen Habitus« von Bourdieu (1997: 459; Bourdieu/Wacquant 1996: 164) nahe. Während jedoch Bourdieu damit das Phänomen des »Nicht richtigen Ankommens im Feld« von sozialen Auf- oder Absteigern beschreiben will, weil diese ihren Herkunftshabitus noch »in sich tragen« und deshalb innerlich »zerrissen« sind, zielt der gebrochene Habitus darauf, dass der feldspezifische »tschekistische« Habitus von seiner Anlage her selbst in sich »gespalten« war

Von den Etablierten in der DDR zu Außenseitern in der Bundesrepublik

Wie alle DDR-Bürger/-innen wurden auch die ehemaligen Staatssicherheitsmitarbeiter/-innen mit der Wiedervereinigung im Herbst 1990 formell zu BRD-Bürger/-innen. Plötzlich fanden sie sich im einstmals bekämpften Feindesland wieder und mussten sich hier einrichten. Der Staat, den sie beschützen sollten, existierte nun nicht mehr, und ihr direkter Auftraggeber, die SED, distanzierte sich – in der Zwischenzeit als PDS reformiert – von ihrem „Schild und Schwert“. Das gesamte alte Institutionengefüge wurde in Ostdeutschland aufgelöst und nach westlichem Vorbild neu aufgebaut. Ihr altes Leben, das vollkommen im Dienst der Staatssicherheit stand, konnten die MfS-Mitarbeiter/-innen so nicht mehr weiterführen. Nicht zuletzt war die staatlich propagierte Ideologie, einschließlich des festen Glaubens an den historischen Sieg des Sozialismus, und die darauf aufbauenden Lebenskonstruktionen von heute auf morgen delegitimiert und gerieten ins Kreuzfeuer der öffentlichen Ächtung.

Angesichts dieser gravierenden Veränderungen lässt sich behaupten, dass bei den ehemaligen ca. 78.000 DDR-Geheimdienstmitarbeiter/-innen in der „Wendezeit“ 1989/90 die gesellschaftliche und persönliche Krise in extremer Weise zusammenfielen. Die biografische Zäsur umfasste alle Facetten der Lebensführung und zerrte stark an ihren individuellen Identitätskonstruktionen. Bereits nach der Maueröffnung am 9. November 1989, dem Katalysator für die Herrschaftsimplosion des autoritären SED-Staates, aber spätestens zur Entlassung aus der „Gierigen Institution“ MfS/AfNS ein paar Wochen später, mussten die Geheimdienstmitarbeiter/-innen selbst herausfinden, wie es nun mit ihnen weitergehen soll, wo ihr Platz in der sich neu formierenden Gesellschaft sein könnte. Nicht zuletzt mussten sie einen für sie selbst passenden Umgang mit ihrer eigenen Vergangenheit als Mitarbeiter/-innen des repressiven Staatssicherheitsapparates finden.

Einige Interviewpartner gaben an, zum ersten Mal ausführlich mit einem Fremden über diesen Lebensabschnitt zu sprechen. Anderen war anzumerken, dass sie ein eingespieltes Script abspulden. Fast alle Interviewpartner thematisierten, dass sie sich im medial vermittelten Bild über das MfS nicht wiederfinden. Gegen die öffentliche Diskreditierung und „Täter“-Stigmatisierung der MfS-Mitarbeiter/-innen wollten sie ihre eigene Deutung setzen und argumentativ Stellung beziehen. Aus dieser Motivation resultierte in nicht wenigen Fällen die Interviewbereitschaft. Ein Charakteristikum für die retrospektive Bewertung der eigenen MfS-Vergangenheit war das Bemühen, sich zu rechtfertigen beziehungsweise sich von jeglicher historischer Schuld als Staatsdiener des sozialistischen Herrschaftssystems zu entlasten. Dieses Bemühen manifestiert sich in vier unterscheidbaren Stilistiken beziehungsweise Rhetoriken:

Normalitätsunterstellung

Betont wird von vielen der Interviewten, dass „man eine ganz normale DDR-Biografie“ gehabt habe, „wie es eben in der DDR so üblich war“. Indem sie über diese „Normalitäts“-Figur den substanziellen Unterschied zwischen ihren eigenen Lebenswegen als MfS-Mitarbeiter/-innen und denen der restlichen Bevölkerung einebnen, wird die Frage nach dem eigenen Verstricktsein mit dem geheimdienstlich-geheimpolizeilichen Herrschaftsorgan ausgeblendet.

Prädestinationsrhetorik

Der Eindruck wird suggeriert, dass es eine Art biografische Pfadabhängigkeit für den Dienst im MfS gab. Typisch sind Ausführungen wie von Frau Tanne, Jg. 1947, Stabsfeldwebel. Nach der offenen Ein-

gangsfrage, wie ihr Leben verlaufen und sie als Kind aufgewachsen sei, antwortet sie: *„Bin in einer fortschrittlichen Familie aufgewachsen. Meine beiden Großväter waren früher alle in der Kommunistischen Partei. Von daher also immer links gestanden.“* In anderen Fällen wird auf Familienmitglieder verwiesen, die im Widerstand gegen das NS-Regime waren oder sich innerhalb der politischen Arbeiterbewegung engagierten. Bei Jüngeren wird in der Regel die SED-Mitgliedschaft der Eltern ins Spiel gebracht. Mit einer solchen Familientradition musste das MfS, so die Botschaft entsprechender autobiografischer Darstellungen, geradezu zwangsläufig auf einen aufmerksam werden. Kurzum, ohne dass man selbst darauf Einfluss gehabt haben konnte, sei der Weg ins MfS vorherbestimmt gewesen. In dieser Prädestinationsrhetorik kehren jene Topoi des „Auserwähltseins“ und der „Genossen erster Kategorie“ wieder, die für das frühere „tschekistische“ Selbstverständnis eine maßgebliche Rolle spielten. Dass es sich um Rhetorik handelt, wird schon dadurch erkennbar, dass in den entsprechenden Interviews keinerlei Schilderungen darüber vorkommen, wie die kommunistische Familientradition konkret weitergegeben wurde. So kann etwa Frau Tanne die im Interview herausgestellte kommunistische Vergangenheit ihrer beiden Großväter allenfalls vom „Hörensagen“ kennen.

Distinktions-Rhetorik

In der autobiografischen Schilderung wird eine gewisse Diskrepanz zu dem Staatsorgan, in dem man diente, hergestellt. Diese Rhetorik ist besonders stark bei den Jüngeren anzutreffen, also bei jenen MfS-Mitarbeiter/-innen, die seit Mitte der achtziger Jahre ihren Dienst angetreten hatten. Der Tenor ist, dass die MfS-Zeit nur eine kurze Episode im Leben gewesen sei und das eigentliche Leben nach der Wende 1989 und der Entlassung aus dem MfS begonnen habe.

Dies gilt ebenso für Quereinsteiger, die über einen Umweg hauptamtlicher MfS-Mitarbeiter/-innen geworden sind – etwa aus einer langjährigen IM-Mitarbeit heraus oder weil die Person über eine spezifische Berufsausbildung verfügte, an der das MfS interessiert war. Ein prototypischer Fall ist Herr Hasel, Jg. 1950, der erst 1980 mit 30 Jahren als hauptamtlicher Mitarbeiter eingestellt wurde. Während des gesamten Interviews ist Herr Hasel darauf bedacht, sich von seinen altgedienten – und wie er selbst immer wieder betont – *„indoktrinierten“* Geheimdienstkollegen abzuheben, da er *„das echte Leben“* außerhalb des MfS gekannt habe. Von ihm und von ähnlich sich präsentierenden Interviewpartnern wird freilich nicht in Rechnung gestellt, dass man damals selbst freiwillig in jenes repressive Staatsorgan eingetreten ist, das man nun retrospektiv beargwöhnt.

Opfer-Rhetorik

Einige Interviewpartner sind davon überzeugt, dass ihre privaten Telefonate zu Hause vom MfS abgehört wurden. Obwohl sie für diese Vermutung, wie sie selbst einräumen, keinen faktischen Beleg haben, schließen sie daraus, dass die MfS-Mitarbeiter im Grunde die am meisten kontrollierten und überwachten DDR-Bürger/-innen gewesen seien. Wie die Ausführungen zur Greedy Institution verdeutlichen, ist dies in gewisser Weise sogar zutreffen. Allerdings handelt es sich um eine Entlastungsrhetorik. Denn auffällig ist, dass diese Interviewpartner ansonsten mit keinem Wort auf das vom MfS systematisch betriebene Aushorchen im Zuge operativer Vorgänge und auf die davon betroffenen Zielpersonen Bezug nehmen.

An dieser Stelle lässt sich konstatieren, dass mittels der aufgeführten stilistischen und rhetorischen Figuren versucht wird, die eigene MfS-Vergangenheit in ein „bestimmtes Licht zu rücken“. Es handelt sich um retrospektive Rechtfertigungs- und Entlastungsbemühungen. Bei keiner der interviewten Person gibt es Reue oder ein Schuldeingeständnis in Bezug auf die eigenen Verstrickungen in dem Herrschaftsorgan. Ebenso wenig wird ein radikaler Bruch mit den beziehungsweise eine eindeutige Ableh-

nung der repressiven Praktiken thematisiert. Dieser Befund stützt den im Laufe des empirischen Forschungsprojekts generierten Erklärungsansatz, dass der Dienst „für die Staatssicherheit“ mit der Inkorporierung des tschekistischen Habitus und der engen persönlichen Bindung an das MfS einherging.

Die Unfähigkeit zu einer konsequent kritischen Haltung gegenüber dem DDR-Geheimdienst lässt sich darauf zurückführen, dass diese habituelle Prägung sehr nachhaltig Teil der persönlichen Identität geworden ist. Von der einverlebten „tschekistischen“ Identitätskonstruktion können sich insbesondere die älteren ehemaligen MfS-Mitarbeiter/-innen noch immer nicht vollkommen lösen. Dadurch geraten sie in ein Dilemma, das sich wie folgt umreißen lässt: Die „Wende“-Ereignisse gingen in das kollektive Gedächtnis der Deutschen als „friedliche Revolution“ ein, die zur staatlichen Wiedervereinigung führte. Diese über Massenmedien, Bildungsinstitutionen und zeithistorischen Forschungseinrichtungen verbreitete Geschichtsdeutung, die die Stigmatisierung der MfS-Mitarbeiter/-innen als „Täter“ mit einschließt, ist inkommensurabel mit der Erfahrung einer *Niederlage*, als welche die MfS-Mitarbeiter diese Umbruchphase damals mehrheitlich erlebt hatten. Aus erinnerungspolitischen Gründen haben ihre persönlichen autobiografischen „Krisen“-Geschichten bis heute keinen Platz im Darstellungsraum der nationalen Erinnerungsgemeinschaft. Angesichts der Ausgrenzung aus dem kollektiven Gedächtnis stand und steht bis heute den MfS-Mitarbeiter/-innen nur ein eingeschränktes Set an Strategien zur Verfügung, den gesellschaftlichen Umbruch 1989/90 kognitiv zu bewältigen. Entweder halten sie an dem früheren Deutungsmuster „Die Wende als Konterrevolution“ dogmatisch fest; oder die eigenen Erinnerungen werden verdrängt (das heißt von den Bewusstseinsinhalten abgespalten); oder die Erinnerungen werden so adjustiert, dass sie irgendwie mit der neuen hegemonialen Geschichtsdeutung kompatibel sind. Es wäre eine eigene Untersuchung wert, inwiefern diese kognitiven Bewältigungsstrategien mit den oben genannten vier Entlastungsrhetoriken korrelieren.

Literatur

- Bourdieu, P. 1997: Zur Genese der Begriffe Habitus und Feld. In P. Bourdieu (Hg.), *Der Tote packt den Lebenden*. Schriften zur Politik und Kultur. Hamburg: VSA, 59–78.
- Bourdieu, P., Wacquant, L. 1996: *Reflexive Anthropologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Coser, L. A. 2015: *Gierige Institutionen. Soziologische Studien über totales Engagement*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Finster, M., Krähnke, U. 2010: Wie elitär war das Ministerium für Staatssicherheit? *Berliner Debatte Initial*, 21. Jg., Heft 2, 136–146.
- Fritze, L. 2005: Täter und Gewissen. Zur Typologie des Täterverhaltens. *Aufklärung und Kritik*, 12. Jg., Heft 1, 82–94.
- Gieseke, J. 2000: *Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Goffman, E. 1961: *Asylums: Essays on the social situation of mental patients and other inmates*. Garden City, NY: Anchor Books.
- Jurich, D. 2006: *Staatssozialismus und gesellschaftliche Differenzierung. Eine empirische Studie*. Münster: LIT.
- Kleemann, F., Krähnke, U., Matuschek, I. 2009: *Interpretative Sozialforschung. Eine praxisorientierte Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Kowalczyk, I.-S. 2013: *Stasi konkret: Überwachung und Repression in der DDR*. München: C. H. Beck.

- Krähnke, U., Finster, M., Reimann, P., Zschirpe, A. 2017: Im Dienst der Staatssicherheit. Eine soziologische Studie über die hauptamtlichen Mitarbeiter des DDR-Geheimdienstes: Frankfurt am Main: Campus.
- Martin, E. 2014: „Ich habe mich nur an das geltende Recht gehalten“. Herkunft, Arbeitsweise und Mentalität der Wärter und Vernehmer der Stasi-Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen. Baden-Baden: Nomos.
- Pollack, D. 1990: Das Ende einer Organisationsgesellschaft. Zeitschrift für Soziologie, 19. Jg., Heft 4, 292-307.
- Schekahn, J., Wunschik, T. 2012: Die Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Rostock. Ermittlungsverfahren, Zelleninformatoren und Haftbedingungen in der Ära Honecker. BF informiert, Band 31-2012. Berlin: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik BStU.
- Siberski, E. 1967: Untergrund und offene Gesellschaft. Zur Frage der strukturellen Deutung des sozialen Phänomens. Stuttgart: Enke.